



Auf Antrag der SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat fand in der Ratssitzung am 25. Februar eine Aktuelle Stunde zur Situation am Wiener Platz statt. Wir dokumentieren einen Auszug der Rede des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach

Die Grenze der Belastbarkeit

*Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,*

am Wiener Platz blüht der Drogenhandel, in der gesamten Stadt sind seit geraumer Zeit Einbruchsserien sowie Kfz-Diebstähle in erheblicher Zahl zu beklagen, und der rechte Mob verbreitet nicht nur in Heidenau, Freital, Clausnitz oder Bautzen Angst und Schrecken, sondern auch in Dresden, etwa bei den Ausschreitungen vor der Flüchtlingsunterkunft auf der Bremer Straße im vergangenen Sommer oder bei den Krawallen in Dresden-Prohlis, die sich erst gegen ein Willkommensfest und dann gegen die Polizei richteten.

Viele Menschen sehen diese Entwicklung mit zunehmendem Unbehagen, nicht wenige haben die Sorge, dass sie selbst oder ihre Familie Opfer einer Straftat werden könnten.

Denn es wird immer offensichtlicher, in welcher prekärer Lage sich die Polizei in Sachsen inzwischen befindet. Einige Zahlen dazu: Im Zeitraum von 2005 bis 2014 – also innerhalb von zehn Jahren – wurde in Sachsen jede zehnte Stelle bei der Polizei gestrichen. In absoluten Zahlen bedeutet das: 1.259 Polizeibeamtinnen und –beamte wurden wegkürzt, und das mit gravierenden Folgen: Bis Ende des vergangenen Jahres sind bei der sächsischen Polizei insgesamt über 100.000 Überstunden angehäuft worden. Im vergangenen Jahr sind 3.147 Urlaubstage von sächsischen Polizeibeamten verfallen, weil sie nicht fristgerecht genommen werden konnten. Doch damit nicht genug. Überstunden in sechsstelliger Zahl und über 3000 verfallene Urlaubstage haben nicht ausgereicht, um die Einsatzfähigkeit der Polizei abzusichern. Dazu mussten die Polizisten noch insgesamt 45.613 Urlaubstage aus dem Jahr 2015 mit in dieses Jahr übernehmen, weil sie den ihnen zustehenden Urlaub aufgrund der Einsatzbelastung schlicht nicht antreten konnten. Angesichts dieser Zahlen wäre es verfehlt, davon zu sprechen, die Belastungsgrenze der Polizei sei



Foto: bildpixel / pixelio.de

erreicht – denn diese Grenze wurde bereits vor geraumer Zeit überschritten.

Meine Damen und Herren, das sind die Ergebnisse von 25 Jahren CDU-Politik in Sachsen. Diese Partei stellt hier seit einem Vierteljahrhundert den Ministerpräsidenten, den Finanzminister und den Innenminister. Das Ergebnis spricht Bände: Die Polizei wurde auf Kosten der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger kaputtgespart und an den Rand der Handlungsfähigkeit gebracht. Es ist ganz offensichtlich: Die Politik der CDU ist eine Gefahr für die innere Sicherheit unseres Landes. Und ich stelle die Frage: Wo sind wir eigentlich hingekommen, dass inzwischen DIE LINKE unseren Rechtsstaat und unsere Polizei gegen die unverantwortliche Kürzungspolitik der CDU verteidigen muss?

Ich will es in aller Deutlichkeit sagen: Was wir in Sachsen und in Dresden nicht brauchen, sind mehr private Sicherheitsdienste oder gar Bürgerwehren. Was wir nicht brauchen, ist mehr Videoüberwachung. Was wir nicht brauchen, sind inszenierte Show-Termine der örtlichen CDU am Wiener Platz zusammen mit dem unfähigsten Innenminister Deutschlands.

Was wir dagegen benötigen, sind gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten, die in der Lage sind, die Kriminalität am Wiener Platz effektiv zu bekämpfen, Einbruchsserien zügig aufklären und dem rechten Mob wirksam Paroli zu bieten.



Freifunk für alle

Mit dem interfraktionellen Antrag „Freifunk für Dresden“ von DIE LINKE, SPD, Grünen und den Piraten wird die Landeshauptstadt Dresden künftig zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure dabei unterstützen, kostenloses WLAN anzubieten.

Dazu werden den Freifunk-Akteuren Standorte auf Verwaltungsgebäuden oder anderen städtischen Liegenschaften angeboten, so dass diese dort ihre Router anbringen können.

Das hat für alle Dresdnerinnen und Dresdner den Vorteil, dass jedem – egal, was sie gerade vorhaben oder wieviel Geld sie in der Tasche haben – ein offenes WLAN in Dresden zur Verfügung steht, um die Informationen zu bekommen, die sie gerade brauchen: Den aktuellen Fahrplan der DVB, Fußballergebnisse oder beispielsweise Informationen bei Behördengängen im Dresdner Rathaus.

Dieses kostenlose Netz können Dresdner Bewohnerinnen gleichermaßen nutzen wie die zahlreichen Touristinnen und Touristen, die Dresden besuchen.

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Februar 2016

DRUCKSACHE #2

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

Sicherheit braucht keine Showtermine

SICHERHEIT AM WIENER PLATZ

Zu Beginn debattierte der Stadtrat heute die Sicherheitslage am Wiener Platz. Die Aktuelle Stunde war durch die SPD beantragt worden und auf der rechten Seite des Saals war, wie zu erwarten, ein fremdenfeindlicher Zungenschlag in der Debatte zu hören. **André Schollbach** machte im Plenum deutlich, woran es mangelt, wenn das Sicherheitsgefühl am Hauptbahnhof leidet: "Am Wiener Platz blüht der Drogenhandel, aber: Autodiebstähle und Einbrüche nehmen in der ganzen Stadt zu und der rechte Mob verbreitet Angst und Schrecken - Woche für Woche, nicht nur am Montag. Wer heute über das Sicherheitsgefühl der Dresdnerinnen und Dresdner spricht, der sollte diese Phänomene nicht ignorieren."

Wenn wir uns über Ordnung und Sicherheit in unserer Stadt verständigen, dann müssen wir uns auch mit dem Zustand der Polizei beschäftigen. Die Beschäftigten der Polizei sind nicht an der Grenze der Belastbarkeit, sie haben diese längst überschritten. Von 2005 bis 2014 wurde jede zehnte Stelle bei der Polizei in Sachsen gestrichen, das betrifft 1259

Beam-tinnen und Beamte. Aktuell sind sage und schreibe

100.000 Überstunde bei der sächsischen Polizei aufgelaufen, 45.613 Urlaubstage wurden in das Jahr 2015 übernommen, weil sie 2015 nicht in Anspruch genommen werden konnten.

Die Folge: Das Gewaltmonopol des Staates ist in Sachsen und nicht zuletzt in Dresden schwer bis gar nicht durchzusetzen. Das ist das Ergebnis von 25 Jahren CDU-Politik. Die Polizei wurde auf Kosten der Sicherheit kaputtgespart. Wir brauchen eine funktionierende Polizei, genauso wie eine arbeitsfähige Justiz. Was wir nicht brauchen, sind Bürgerwehren und private Sicherheitsdienste. Was wir nicht brauchen, sind mehr Kameras. Und was wir am Wiener Platz vor allem nicht brauchen, sind öffentliche Showtermine des unfähigsten Innenministers Deutschlands."

Dresdner Kitas finanzieren!

Bis heute hat der städtische Eigenbetrieb Kindertagesstätten keinen gültigen Wirtschaftsplan für 2016, obwohl dieser nach Sächsischer Eigenbetriebsverordnung bereits vor Beginn des Wirtschaftsjahres hätte beschlossen werden müssen. Unterschiedliche Auffassungen bezüglich der notwendigen Finanzausstattung innerhalb der Verwaltung haben die Beschließung bisher verhindert. Dadurch wird die Arbeit des Eigenbetriebes, der städtische Pflichtaufgaben erfüllt, massiv erschwert. Also muss gehandelt werden: DIE LINKE brachte unmittelbar vor der Sitzung gemeinsam mit SPD und Grünen einen Eilantrag ein - Ziel: Vorlage des Wirtschaftsplans. OB Hilbert antwortete in gewohnter Manier:

Eine Eilbedürftigkeit sei nicht gegeben, es werde an der Vorlage gearbeitet. Dabei wollte es **Tilo Kiebling** nicht bewenden lassen: "Die Eigenbetriebsleiterin Kindertagsstätten muss einen Entwurf des Wirtschaftsplans vorlegen. Dazu hat sie das Benehmen des Finanzbürgermeisters einzuholen. Das ist keine Vetomöglichkeit und dennoch scheint es, als würde CDU-BM Vorjohann kein Interesse an einer angemessenen Ausstattung der Kitas haben. Die Eigenbetriebsleiterin wagt es offenbar nicht, sich hier in die Auseinandersetzung zu begeben. Die einzige Person, die sie ermutigen kann, sind Sie, Herr Oberbürgermeister. Das tun sie aber nicht - seit dem 1. Januar 2016. Werden Sie endlich tätig!"

FINANZ-BM AUF ABWEGEN

Finanzbürgermeister Vorjohann lässt nichts unversucht, das Projekt einer städtischen Wohnungsgesellschaft zu torpedieren. Einer der neusten Streiche: der Vorschlag, mehr als 20.000 m² städtischer Grundstücke an Genossenschaften zu verkaufen. Klingt sozial, aber aus Erfahrung ist klar: wenn es um sozialen Wohnungsbau geht, dann ist eine öffentliche Woba der erste Partner. Deshalb unser Antrag, die Grundstücke nicht zu verkaufen, sondern erstmal für eine eigene Wohnungsgesellschaft ins Auge zu fassen. **Jens Matthis:** "Vorjohann will kommunalen Wohnungsbau erschweren. Dem haben wir einen Riegel vorgeschoben."



Die kommunale Bildungsberatung mit dem Projekt "Dresdner Bildungsbahnen" ist ein wichtiger Baustein der Dresdner Bildungslandschaft. Allein: Die Finanzierung des Projektes steht in Frage. Die Verträge der vier Mitarbeiterinnen laufen Ende März aus. Dabei hatte sich der Stadtrat bereits mehrfach für die Fortführung des Projekts ausgesprochen. **Anja Apel** sagt: "Wer den Mund spitzt, muss auch pfeifen. Der Absichtserklärung muss konkretes Handeln folgen." Die Fraktion DIE LINKE brachte heute einen Eilantrag zur Weiterfinanzierung der Bildungsbahnen in den Stadtrat. Entscheidung des Oberbürgermeisters: Nicht eilbedürftig. Doch wir bleiben am Ball - auf der nächsten Sitzung wird das Thema erneut diskutiert und Rot-grün-rot wird für die Finanzierung des wichtigen Projekts sorgen.

DIE LINKE brachte einen Eilantrag zur Rettung der Dresdner Bildungsbahnen

12.000 x konkrete Hilfe

Was macht die Bildungsberatung in Dresden so besonders, warum können deren Aufgaben nicht von anderen Angeboten aufgefangen werden?

Wir sehen hier drei große Lücken in der Dresdner Bildungs- und Beratungslandschaft, die anderweitig nicht abgefangen werden können.

Erstens bietet die Beratung einen Raum für Kunden und Kundinnen ohne bereits bestehende Ideen über die berufliche Zukunft, um diese hier entwickeln zu können. Dieser Raum ist deshalb so wichtig, weil Beratungskund*innen häufig nur sehr vage Vorstellungen davon haben, was beruflich überhaupt möglich ist oder was zu ihnen passen könnte.

Zweitens gibt es neben uns keine Anlaufstelle für erwerbstätige Personen ohne drohende Arbeitslosigkeit. Dabei wird dieser Mehrwert am häufigsten unterschätzt. Stellen Sie sich Personen vor, die in Arbeit sind, jedoch merken, dass zeitnah eine Veränderung ansteht und die sich darauf vorbereiten müssen. Beispielsweise Personen, deren aktuelle Tätigkeit bald nicht mehr gefragt ist (z.B. durch vorschreitende Technologisierung), deren aktuelle Tätigkeit bald nicht mehr zu den eigenen Lebensumständen passt (z.B. eine Schichtarbeiterin erwartet Kind) oder deren aktuelle Tätigkeit prekär ist und die sich fortwährend mit beruflichen Veränderungen auseinandersetzen müssen und für diese Auseinandersetzung Hilfe benötigen (z.B. befristete Arbeitsverträge im Sozialwesen).

Drittens arbeiten wir ressortübergreifend. Was heißt das? Wir sind die Beratungsstelle in Dresden mit dem breitesten Überblick und Kenntnis aller relevanten Stellen auf dem Berufs- und Bildungsmarkt. Egal, wer bei uns mit welchem Anliegen ankommt, wir können dieses entweder selbst bearbeiten oder wissen, wer es besser bearbeiten kann.

Wieviel Beratungen wurden seit Projektstart im Jahr 2010 durchgeführt?

Insgesamt wurden seit 2010 etwa 12.000 Beratungen geführt, das heißt im



Das Team der „Dresdner Bildungsbahnen“

Foto: Beatrix Linge

Durchschnitt pro Jahr etwa 2.000. Der/die Durchschnittskund*in ist weiblich, zwischen 30 und 45 Jahre alt und befindet sich eher in prekären Arbeitsverhältnissen, häufig jedoch mit höherem Bildungsabschluss. Der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund liegt seit 2014 konstant bei 20%. Den Angaben in unseren Feedback-Bögen nach zu urteilen, würden unsere Kund*innen die Beratung zu fast 100% weiterempfehlen.

Welche Themen sprechen die Dresdner und Dresdnerinnen in der Bildungsberatung an?

Unsere Kund*innen kommen mit vielfältigen Anliegen zu uns, so sind die Laufbahnberatung, die berufliche Orientierung und die neutrale Studienorientierung häufigste Gründe. Dies bedeutet, dass wir individuelle Berufserfahrungen sowie Fähigkeiten und Interessen erfassen und analysieren und nach beruflichen Anknüpfungspunkten suchen. Darüber hinaus werden oft Fragen zum Erwerb und zum Nachholen von Schulabschlüssen sowie der Anerkennung und Anwendung von ausländischen Abschlüssen geklärt.

Eine besondere Zielgruppe sind berufliche (Wieder-)Einsteiger*innen, die

z.B. nach einem Studium oder einer Ausbildung, nach Eltern- oder Erziehungszeiten, nach Rehabilitation, nach Pflegezeiten oder nach einer Arbeitslosigkeit zu uns kommen. Weiterhin stellt sich vielen Kund*innen immer wieder die Frage, wie man sich Bildung finanzieren kann bzw. wie der Lebensunterhalt währenddessen gesichert werden kann. Ein weiterer wichtiger Themenkomplex sind die alternativen Zugänge zum Arbeitsmarkt, dies meint Fragen zu Praktika, Ehrenamt und Freiwilligendiensten.

Zum Angebot gehört ebenfalls der Bildungsbus - welche Möglichkeiten ergeben sich aus dieser Form der Bildungsberatung?

Der Bildungsbus sollte ursprünglich als niederschwelliges Angebot die Beratungsstellen vor Ort ergänzen. In der Tat ergaben sich im Bus über die Jahre auch Gespräche und Kontakte, die womöglich nicht in den Beratungsstellen stattgefunden hätten. Beispielsweise zeigt sich ein vergleichsweise konstant hoher Anteil an Männern unter den Beratungskund*innen im Bus. Außerdem ist er ein überaus auffälliges Werbeinstrument – viele Bürger*innen kennen mittlerweile den blauen Bus auf dem Altmarkt. Allerdings wurde

der Aufwand für die Organisation des Busses – wie für Stellplatzflächen und -miete, Fahrer*inneneinsatz, altersbedingte Ermüdungserscheinungen des Busses und damit verbundene Ausfallzeiten für Reparaturen – stark unterschätzt, wodurch wir zum aktuellen Zeitpunkt davon ausgehen, dass der Bildungsbus nicht wieder reaktiviert wird.

Was sind die Folgen für die Bildungsberatung, wenn erst kurz vor Projektende über deren Fortbestehen entschieden wird?

Zum einen müssen die Mitarbeiterinnen rechtzeitig den Beratungsbetrieb einstellen, um die Projektabrechnung sicherzustellen und die Beratungsprozesse so abzuschließen, dass diese mit dem Beratungsverständnis vereinbar bleiben. Zum anderen muss in dieser Phase ebenfalls ein evtl. eintretendes Projektende nach außen kommuniziert werden. Beides führt letztlich dazu, dass sowohl Kund*innen als auch Netzwerkpartner*innen davon ausgehen, dass das Beratungsangebot nicht länger vorgehalten wird und damit erstmal auch ganz praktisch nicht mehr in Anspruch genommen oder weiterempfohlen werden kann.

Ferner ist eine späte Entscheidung in der aktuellen Situation besonders ungünstig, da seit 01. Januar 2016 eine Zusammenarbeit mit Jobcenter und Agentur für Arbeit Dresden im Rahmen des „Infopunktes Migration“ geplant ist, diese jedoch auf Grund der ungeklärten Fortführung vorerst auf Eis gelegt wurde. Beraten werden sollen sowohl Kund*innen mit Migrationshintergrund sowie Kund*innen des Rechtskreises SGB II. Konkret ist geplant, dass wir die Arbeit des Jobcenters vorwiegend um die folgenden Punkte ergänzen: 1. Unterstützung bei der Kompetenzermittlung und Einordnung der vorhandenen Berufserfahrungen und Berufsabschlüsse in das deutsche Bildungssystem, 2. Beratung zu alternativen Zugängen zu Bildung, 3. Beratung zu alternativen Finanzierungsmöglichkeiten von Bildung. *Das Gespräch mit Anna Tietze und Beatrix Lange führte Stadträtin Cornelia Eichner*

Neues aus den Ortsbeiräten, heute: Plauen Gegen das Vergessen

von Max Kretschmar

Eine knappe Zeitungsnotiz in der „Sächsischen Zeitung“ Ende vergangenen Jahres brachte den Stein ins Rollen: Entsprechend einer Vorlage der Dresdner Verwaltung im Zuge der Sanierung und Erweiterung des Schulstandortes für das Gymnasium Süd-West soll der Gedenkstein der sowjetischen Partisanin Soja Anatoljewna Kosmodemjanskaja, bis zur Wende Namensgeberin der 46. Oberschule, im Lapidarium der Stadt verschwinden.

Soja Kosmodemjanskaja starb 1941 mit 18 Jahren. Die junge Frau sollte in einer Partisaneneinheit das Vorrücken der faschistischen Wehrmacht im Dorf Petrischtschewo bei Wereja verhindern und geriet in Gefangenschaft der Deut-

schen. Nach tagelanger Folter hängte man sie in dem kleinen Dorf und stellte ihren Leichnam viele Tage öffentlich als „Brandstifterin“ zur Schau. In der Sowjetunion wurde sie posthum als mutige Heldin verehrt, auch in der DDR trugen zahlreiche Einrichtungen, u.a. Schulen ihren Ehrennamen. Um das Vermächtnis an die junge Russin zu bewahren, haben die LINKEN in Plauen rasch reagiert und eine Antragsinitiative gestartet. Mit Antrag an den Oberbürgermeister soll die Verwaltung prüfen, „ob dieser Gedenkstein, begründet durch die historische und politische Bedeutung der mit diesem Stein geehrten Persönlichkeit, im Dresdner Stadtgebiet einen neuen öffentlichkeitswirksamen Standort finden kann.“



Foto: Waldemar Peine

Soja Kosmodemjanskajas Leben und Tod ist zum Symbol des Widerstandes einfacher Bürger gegen Invasion und Unmenschlichkeit geworden. Die posthume Auszeichnung als Heldin der Sowjetunion Anfang 1942 hebt ihr Schicksal hervor, das jedoch für viele ähnliche Schicksale steht, in denen sich Menschen trotz großer Entbehrungen und trotz der Gefahren für ihr Leben gegen Krieg und Fremdherrschaft wehrten.“

Als Vorschlag unterbreiten die LINKEN-Ortsbeiräte, gemeinsam mit den Ortsbeiräten von SPD und Grünen, eine Umsetzung des gut erhaltenen Gedenksteins vor das Militärhistorische Museum an der Stauffenbergallee. Dieser Antrag wurde mehrheitlich im Ortsbeirat Plauen angenommen, nur CDU, FDP und AfD enthielten sich der Stimme.

Eine Posse über Eierpappen und Hygiene

Willkommen in Absurdistan

von Kerstin Wagner

Upcycling und Müllvermeidung stehen hoch im Trend. Ersteres hat nichts mit Fahrradfahren zu tun, letzteres beginnt idealerweise bereits beim Einkauf. In vielen Städten haben sich in den letzten Monaten verpackungsfreie Läden gegründet, in denen man die Lebensmittel in eigene Behälter abfüllt, bevor sie an der Kasse gewogen werden. Das jeweilige Eigengewicht des Behälters wird vorher bestimmt und dann beim Auswiegen abgezogen. Bei Eiern überbrigt sich das Auswiegen, das Verpackungsproblem besteht trotzdem. Auch wenn die Eierpappen aus recycelter Pappe bestehen, kostet deren Herstellung Ressourcen. Die Pappen mehrfach zu verwenden, liegt deshalb nahe. An dieser Stelle widersprechen aber sowohl das deutsche als auch das europäische Lebensmittelrecht der schönen Idee.



Foto: Andrea Kusajda/ pixelio.de

Gebrauchte Eierpappen dürfen nicht zurück in den Laden gebracht und nochmal verwendet werden: „Umhüllungen und Verpackungen, die für Lebensmittel wieder verwendet werden, müssen leicht zu reinigen und erforderlichenfalls zu desinfizieren sein.“ (Verordnung (EG) Nr. 852/2004 über Lebensmittelhygiene

vom 29. April 2004, Kapitel X, Punkt 4.) Das alles im Hinterkopf wunderte ich mich, als mein Kind vor ein paar Wochen mit aus alten Eierpappen gebasteltem Spielzeug nach Hause kam – eine schöne Form des Upcycling, aber ist das hygienisch? Auf Nachfrage teilte man mir mit: „Eierverpackungen können zum

Basteln verwendet werden, wenn sie nicht mit Ei verunreinigt sind. Salmonellen sind ohne entsprechenden Nährboden nicht allzu lange überlebensfähig. Zur Sicherheit können Sie die Pappen ca. 14 Tage zur Seite stellen, dann dürfen Salmonellen abgestorben sein. Auch würde wahrscheinlich die Keimzahl, sollten doch welche überlebt haben, nicht ausreichen, um Erkrankungen auszulösen“, so das Gesundheitsamt.

Fassen wir zusammen: Erwachsene dürfen Verpackungen nur dann wiederverwenden, wenn deren Reinigung möglich ist, Kinder dürfen mit denselben Verpackungen aber spielen und basteln, wenn sie zwei Wochen an einem trockenen Ort standen.

Festspielhaus Hellerau

Die Kaserne in Hellerau 1939 bis 1945

von Tilo Wirtz

Bereits im Oktober und im Januar wurde an dieser Stelle über die Kaserne um das Festspielhaus Hellerau von 1939 bis 1945 berichtet. Teil 1 widmete sich dabei allgemeinen Informationen zu den berichtigten Einheiten der Ordnungspolizei, die während des 2. Weltkrieges hinter den Frontlinien neben der „Befriedung“ des Hinterlandes im Zuge der sogenannten Bandenbekämpfung vor allem aktiv am Holocaust beteiligt waren. Außerdem war die Baugeschichte des Standortes Hellerau Gegenstand des Beitrages, nämlich die Umwandlung und der Umbau der vormaligen Reformschule zur „Infanterieschule der Polizei“ für Zwecke des Gewalt- und Sicherheitsapparates des NS-Staates. Teil 2 widmete sich einzelnen Leitern dieser Polizeischule.

Gingen Angehörige dieser Einheiten und Täter in der Altbundesrepublik häufig straffrei aus, wurden in der zunächst sowjetisch besetzten Zone und späteren DDR derartige Tatbestände als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit härter bestraft, allerdings ebenfalls inkonsequent verfolgt und vor allem auch nicht öffentlich systematisch aufgearbeitet. Die historische Auarbeitung zum Komplex der Einheiten der Ordnungspolizei, die neben der SS und dem SD zunächst „vergesen“ wurden, begann erst ab 1993 mit der Untersuchung zum Polizeibataillon 101 in Hamburg und dauert an.

Das Soldbuch von Josef Pfaffenbichler

Die Polizeikaserne in Hellerau diente zunächst der Ausbildung der militärisch organisierten Polizeieinheiten, später der Bereitstellung von Ersatzpersonal und Weiterbildung von vorhandenem Personal. Dabei war Hellerau auch „Zuständige Ersatzeinheit“ für das 8. SS-Polizeiregiment 26, wie das im Internet in Kopie abgelegte Soldbuch des Schutzpolizisten Josef Pfaffenbichler zeigt. Das Polizeiregiment 26 war beteiligt an



Angehörte des Polizeibataillons 304 - Quelle BStU

verschiedenen „Bandenbekämpfungen“ in Ostpolen und in den Karpaten. Trauriger Tiefpunkt in der Geschichte dieser Einheit dürfte die Beteiligung an der „Räumung“ des Ghettos in Bialystok zwischen dem 16. und 20. August 1943 gewesen sein. Die Insassen des Ghettos wurden im Zuge dieser „Aktion“ nach Treblinka und Majdanek deportiert. Es ist davon auszugehen, dass die meisten Menschen anschließend in Vernichtungslagern ermordet worden sind. Ein am Beginn der Deportation improvisierter Aufstand wurde von den Polizeieinheiten blutig niedergeschlagen. Der Polizist Josef Pfaffenbichler selbst überlebte den Krieg nicht. Als letzten Eintrag vermerkt sein Soldbuch „...ist am 14.1.1944 1 km nördl. Pogan (Rußland Nord) gefallen.“ Gegen Ende des Krieges in der für die Wehrmacht zunehmend aussichtslos gewordenen Situation mussten sich die Polizeieinheiten in Kämpfen auch regulären Einheiten der Roten Armee stellen, wenn sie in Frontlücken geworfen wurden. Nur erfahren im Massenmord an völlig wehrlosen Zivilisten oder in der „Bandenbekämpfung“ mit zahlen- und ausrüstungsmäßig hoffnungslos unterlegenen Partisanen zogen die Polizeiregimenter hier häufig verlustreich den Kürzeren, da sie für Gefechte mit Kampfeinheiten weder ausgebildet noch ausgerüstet waren.

Das Polizeibataillon 304 und Hellerau

Eine der berichtigten Einheiten mit einer der größten Zahl ziviler Opfer war das Polizeibataillon 304, welches in Chemnitz ansässig war. Zunächst bei der Bewachung des Ghettos in Warschau eingesetzt, wobei es bereits zu Übergriffen kam, wurde der Verband nach dem Einmarsch in die Sowjetunion in die Ukraine verlegt. Bei mörderischen „Aktionen“ wurden unter anderem in den Städten Gaisin, Uman, Kirowgrad und Kiew wahrscheinlich 17.000 Zivilisten umgebracht, meist handelte es sich um jüdische Opfer. Vorbereitet auf diese Art des „Einsatzes“ wurden die Polizisten während ihrer Zeit in Warschau. Während einer Abkommandierung zu einem „Sonderlehrgang“ nach Krakau wurde die Tötung per Genickschuss gelehrt – wobei der Lehrgang auch einen „praktischen Ausbildungsteil“ umfasste, dem 75 Juden zum Opfer fielen.

Die Verbindung zwischen dem Polizeibataillon 304, später Polizeiregiment 10, und der Kaserne in Hellerau besteht im Personal, welches in Hellerau seinerzeit lehrte und lernte. Max Seidel wurde in Dresden-Hellerau ausgebildet, Reinhold Blana war ab 1944 Gruppenführer und Ausbilder für Jugendliche

in Dresden-Hellerau, Gottfried Swehla war von Dezember 1943 bis September 1944 nach einer Erkrankung in Hellerau im Dienst und Erhard Zickmüller erhielt im Oktober 1943 seine „Sonderausbildung für den Osteinsatz“ in der Kaserne Hellerau. Aber noch etwas verbindet die im letzten Abschnitt genannten. Alle wurden bis 1947 von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) wegen ihrer Beteiligung an Massenmorden zum Tode verurteilt und erschossen.

Die beiden Kasernenflügel neben dem älteren Festspielhaus wurden vom Landesamt für Denkmalpflege unter Denkmalschutz gestellt. In der Kaserne wurde von 1939 bis 1945 der Mord gelehrt und gelernt. An die Bedeutung des Ortes und an seine Beziehung zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Geschichte erinnert nichts.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Tilo Wirtz, Kerstin Wagner, Cornelia Eichner, Waldemar Peine, Max Kretzschmar
Fotos: pixelio.de, BStu, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 16.03.2016
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog